

## **Reaktionen auf Trumps Einwanderungserlass, kritische Personalentscheidungen und LGBT-Rechte**

*Zusammenfassung der U.S. Berichterstattung vom 30. Januar bis zum 3. Februar 2017*

(lk) In der vergangenen Woche füllten die Meinungen über Donald Trumps Politik als Präsident der Vereinigten Staaten weiterhin die Schlagzeilen. Nach dem Erlass einer Einreisesperre, der rassistische Hintergründe zugrunde liegen könnten, „feuerte“ das neue Staatsoberhaupt die amtierende Justizministerin Yates, da diese sich gegen das Verbot aussprach. Neil Gorsuch übernimmt möglicherweise den unbelegten Sitz im Supreme Court, und die LGBT-Gleichberechtigungsbewegung ist weiter auf dem Vormarsch.

Das von Präsident Trump verhängte Einreiseverbot für Staatsbürger sieben mehrheitlich muslimischer Länder stand zu Beginn der Woche im Zentrum der Berichterstattung. Offiziell sollen die Einschränkungen der Einreisebestimmungen lediglich dem Zweck dienen, die USA vor Terrorangriffen zu schützen. Die Regierung bestätigte zwar mehrfach, dass es sich nicht um den geplanten „Muslim Ban“ handle, die Medien kritisieren jedoch einheitlich den nicht unbedeutenden Religionsbezug und das Fehlen von Saudi Arabien in dem Arrangement. Saudi Arabien sei das Land, aus dem „15 der 19 Attentäter von 9/11“ (*Washington Post*) stammten, mit dem Präsident Trump jedoch momentan „Geschäfte“ mache. Dass besagte Bestimmungen zusätzlich auch die Flüchtlinge der aktuell „weltweit größten humanitären Krise“ (*Washington Post*) in Syrien betreffen, stehe im klaren Gegensatz zu den Kernwerten, auf welchen die Nation gegründet sei. Die *Washington Post* bezeichnet die Anordnung als einen „Anfall irrationaler Fremdenfeindlichkeit“, und der *Boston Globe* schreibt, dass sie die Rolle Amerikas als „Leitstern der Freiheit und Möglichkeit“ vermindere. Die *Dallas News* betonen außerdem, dass Immigranten einen essenziellen Teil der Arbeitskräfte, besonders in „Wissenschaft und Technologie“, darstellen und für einen Großteil der Start-ups in den USA verantwortlich sind. Eng verbunden mit diesem Erlass ist die Entlassung der amtierenden Justizministerin Yates, die noch aus der Obama-Administration stammt. Sie untersagte ihren Mitarbeitern, das Dekret bei Anfechtungen vor

Gericht zu verteidigen, da das Ministerium die „feierliche Verpflichtung“ habe, „immer Gerechtigkeit zu suchen und für das einzutreten, was rechtens ist“. Sie sei nicht davon überzeugt, dass die Verteidigung des Erlasses diesen Kriterien entspreche. Präsident Trump beschuldigte sie daraufhin, das Ministerium „verraten“ zu haben, und der Pressesprecher des Weißen Hauses betonte, dass sie „sehr schwach“ sei, was „Grenzen und Immigration“ betreffe. Die Medien stellen sich hierbei klar auf die Seite von Yates. Die *Washington Post* beurteilt ihr Handeln als „absolut richtig“ und Präsident Trumps Entscheidung als „weder weise, noch gerecht“. An Stelle von Richterin Yates wurde nun Richter Dana Boente eingesetzt, welcher sofort die Anweisungen, die im Namen seiner Vorgängerin ausgesprochen wurden, zurückzog. Auch dies bewertet die Presse einheitlich als unangebracht. Davon abgesehen möchte der Präsident darauf hinarbeiten, „bis zu 80%“ der „90.000“ (*NYT*) staatlichen Regulierungen aufzulösen. Das trifft ebenfalls auf scharfe Kritik seitens der Presse. Besagtes Vorhaben sei nichts weiter als „pure Fantasie“, so die *New York Times*. In Verbindung hiermit wird auch behauptet, dass Trump dazu tendiere, Menschen ohne Erfahrung oder bemerkenswerte Qualifikationen zu berufen. Das sei alles andere als förderlich für die Umsetzung seiner zahlreichen Pläne.

Des weiteren wurde erneut die Diskussion um den freien Sitz im Supreme Court angefacht. Nachdem im Februar vorigen Jahres Richter Antonin Scalia verstarb und Präsident Obamas Vorschlag eines „gemäßigten und qualifizierten“ (*NYT*) Nachfolgers in Form von Richter Merrick Garland ohne Anhörung von der republikanischen Partei abgewehrt wurde, ist die Alternative nun Neil Gorsuch. Dieser wird von der *New York Times* als „weithin respektiert“, jedoch auch als „sehr konservativ“ bezeichnet. Sollte Gorsuch akzeptiert werden, so wäre das Gericht wieder mehrheitlich von republikanischen Präsidenten eingesetzt, was laut der *New York Times* für „Gewerkschaften im öffentlichen Sektor, Umweltvorschriften und den Zugang, den Frauen zu Verhütungsmethoden haben“ durchaus negative Konsequenzen haben könne. Die *Dallas News* plädieren dafür, dass die Demokraten Gorsuchs Kandidatur nicht aufgrund von Groll bezüglich der Geschehnisse des letzten Jahres leichtsinnig zu Fall bringen sollten. Aufgrund der präsidentialen Handlungen der letzten Tage fordert die *Times* jedoch von den Senatoren eine eingehende Befragung des Kandidaten. Sie solle sich speziell auf Verfassungskonflikte hinsichtlich Präsident Trumps bisheriger Entschlüsse beziehen.

Positiv anzumerken ist trotz allem, dass seit Montag auch transsexuelle Jungen den „Boyscouts of America“ beitreten dürfen. Demnach ist nicht mehr das Geschlecht, welches

auf der Geburtsurkunde eingetragen ist, ausschlaggebend für die Zulassung, sondern jenes, welches der eigenen Identitätsvorstellung entspricht. Laut *Washington Post* sei dies im Einklang mit den Grundprinzipien der „Toleranz und Vielfalt“, welche die grundsätzlich eher konservative Organisation anstrebe und vertrete. Am Folgetag äußerte sich auch das Weiße Haus zu der grundsätzlichen Entwicklung der LGBT-Rechte. Der Sprecher betonte dabei, dass Präsident Trump entgegen anonymer Aussagen nicht vorhabe, die Verordnungen bezüglich des LGBT-Schutzes im öffentlichen Dienst rückgängig zu machen. Zusätzlich habe er sich bereits vorigen Juli für besagte Rechte ausgesprochen, worauf er auch heute „stolz“ sei. Die *Washington Post* bewertet das als „Fortschritt der amerikanischen Gesellschaft“ und als kleinen Lichtblick zwischen den bisherigen Auftritten des Präsidenten. Sie fordert aber dennoch mehr von Herr Trump als lediglich keinen Schaden an Bestehendem anzurichten.

Quellen:

[www.bostonglobe.com](http://www.bostonglobe.com)

[www.dallasnews.com](http://www.dallasnews.com)

[www.washingtonpost.com](http://www.washingtonpost.com)

[www.nytimes.com](http://www.nytimes.com)